

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das kommunale Wahlrecht der Frauen in den deutschen
Bundesstaaten**

Apolant, Jenny

Leipzig ; Berlin, 1918

Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt

urn:nbn:de:bsz:31-91534

wirtschaften oder deren Gewerbe betreiben, wird bei Berechnung ihres Steuerbetrages das Vermögen der Mutter mitangerechnet, sofern letztere nicht wahlberechtigt ist.

Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt.

Die Gemeindeordnung vom 9. Juni 1876 gilt für Stadt- und Landgemeinden. Nach Art. 22 sind Bürger in den Städten und Nachbarn in den ländlichen Gemeinden diejenigen selbständigen Gemeindeglieder, welche das Bürger- oder Nachbarrecht in den Gemeinden erworben haben. Die Erwerbung des Bürger- oder Nachbarrechts setzt voraus: eine physische Person, rechtliche Selbständigkeit, den Besitz der Staatsangehörigkeit im Fürstentum und den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte (Art. 26). In den städtischen Gemeinden sind alle Gemeindeglieder stimmberechtigt, die sich im Besitze des Bürgerrechts befinden (Art. 39). Stimmberechtigte Frauen dürfen (§ 41) ihr Stimmrecht nur durch Stellvertreter ausüben. Der Stellvertreter muß der Gemeindebehörde durch schriftliche Vollmacht als solcher bezeichnet und stimmberechtigter Bürger sein. Der Ehemann oder Sohn ist zur Vertretung der Ehefrau oder Mutter auch ohne eigene Stimmberechtigung zuzulassen, wenn er sich nur im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte und der Volljährigkeit befindet. Wählbar sind nach § 54 nur männliche Bürger.

In den ländlichen Gemeinden sind alle grundbesitzenden Ortsnachbarn stimmberechtigt (Art. 134). Die Frauen müssen sich jedoch auch hier eines Stellvertreters bedienen. Das passive Wahlrecht steht nach § 141 nur männlichen Ortsnachbarn zu. — Im Jahre 1898 lag dem Landtag der Entwurf einer neuen Gemeindeordnung vor; derselbe gelangte jedoch nicht zur Annahme.

Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen.

Die Gemeindeordnung vom 1. Juni 1912 gilt für Stadt- und Landgemeinden. Das Bürgerrecht wird nach § 25

Apolant, Das kommunale Wahlrecht der Frauen